

AG Klimaschutz und Energie

Klimaschutzgesetz-Urteil stärkt Verbindlichkeit

Katrin Zschau, zuständige Berichterstatterin:

Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hat in seinem heutigen Urteil die rechtliche Verpflichtung zum Klimaschutz bekräftigt. Die SPD-Bundestagsfraktion betont angesichts dieser Entscheidung die Wichtigkeit einer sozial-gerechten Ausgestaltung von Maßnahmen zum Schutz des Klimas.

„Mit dem heutigen Urteil stärkt das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg die rechtliche Verbindlichkeit der Klimaziele. Klar ist, mit den bisherigen Maßnahmen hat die Ampel-Koalition die bestehende Klimaschutzlücke in nur zwei Jahren bereits deutlich reduziert. Diesen Weg gehen wir konsequent weiter. Wirksamer Klimaschutz verlangt nach sozial gerechter Ausgestaltung.

Auch jenseits rechtlicher Verpflichtungen gilt: Wenn wir jetzt in klimafreundliche Zukunftstechnologien investieren, schützen wir unsere Gesellschaft vor enormen Folgekosten durch den Klimawandel. Wenn wir jetzt in den Umbau unserer Wirtschaft investieren, sichert dies auch unseren zukünftigen Wohlstand.“

Impressum

Nr. 243.2023 / 30. November 2023

Herausgeberin: Katja Mast, MdB
Redaktion: Albrecht von Wangenheim

T 030 227 52282
030 227 51118
E Presse@spdfraktion.de

Der Text kann im Internet unter
www.spdfraktion.de abgerufen
werden.